Pressemitteilung

2. November 2026

Kulturkoalitionsverhandlungen in Berlin: Mehr als Landeskulturpolitik

Deutscher Kulturrat appelliert, Kultur bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin adäquat zu berücksichtigen

Berlin, den 02.11.2026. Heute beginnen in Berlin die Koalitionsverhandlungen zwischen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, appelliert an die Parteien, Kultur nicht als Letztes zu behandeln.

Kultur in der Hauptstadt ist mehr als Landeskulturpolitik. Die Berliner Kulturkonferenz hat in einem breiten Dialogprozess konkrete Forderungen an die Kulturpolitik in der neuen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses herausgearbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei ein Kulturfördergesetz, das mehr Rechtssicherheit für die Kulturförderung geben soll.

Mit der Unterzeichnung des Hauptstadtkulturvertrags haben sich der Berliner Kultursenator Stefan Evers und Kulturstaatsminister Dr. Wolfram Weimer ihrerseits zur Kulturförderung in Berlin bekannt. Der Bund hat sich vertraglich verpflichtet, von 2028 bis 2037 2,9 Milliarden Euro für Kultur in der Hauptstadt zur Verfügung zu stellen.

Der Präsident des Deutschen Kulturrates, **Prof. Christian Höppner**, sagte: „Kultur in Berlin hat eine bundesweite und internationale Strahlkraft. Es ist gut, dass der Bund mit dem Hauptstadtkulturvertrag Kunst und Kultur in Berlin unterstützt. Damit wird das Land Berlin aber nicht aus der Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur entlassen. Das Land Berlin muss selbst für eine vielfältige kulturelle Infrastruktur Sorge tragen und kulturpolitische Verantwortung übernehmen. Diese Berliner Verantwortung muss im Koalitionsvertrag konkret gefasst und mit Finanzmitteln unterlegt werden."

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat